

A. Finanzielle Allgemeinbildung gegen Armut

I. Heraus-"Bildung" von Finanzdienstleistungen

In der Kreditgesellschaft hat sich nicht nur das Geld als Verbindungsglied zwischen alle Lebensbereiche geschoben. Darüber hinaus müssen Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, die im Finanzbereich erst die Verfügbarkeit des eigenen Einkommens für Konsum, Ausbildung, Freizeit und Urlaub, Kindererziehung und Altersvorsorge, Risikostreuung und Teilhabe an Vereinen, Systemen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sicherstellen.² Vor allem für die Unterschichten ist die Nutzung geschäftsmäßiger Kredit- und Sparformen Voraussetzung für den Zugang zu Auto, Haus und Liquidität in Krisenlagen. Das Konto ist für die Bezahlung über EC- und Kreditkarte oder über Einziehungsermächtigungen bei Vermietern, Kaufhäusern und Vereinen notwendig. Private Versicherungen sind entweder Pflicht wie bei Kfz, Gesundheit und Feuer oder aber häufig unabdingbar für eine gesicherte Zukunft wie für Arbeitsunfähigkeit und Hinterbliebenenversorgung.

War es früher vor allem die Fähigkeit des „rationellen Haushaltens“, d.h. sparsam zu wirtschaften und sein Einkommen mit den Bedürfnissen und den hierfür erforderlichen Ausgaben in Einklang zu bringen, so ist heute die Beherrschung der Finanzdienstleistungsangebote ein wichtiges Element, um mit seinem „Geld auskommen“ zu können. Teilhabe am Wirtschaftsleben ist daher heute mit der Teilhabe an Finanzdienstleistungen verknüpft, so dass Armut als Ausschluss von wirtschaftlichen Chancen im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Nutzung verknüpft erscheint.

Daher kann derjenige, der heute mehr finanzielle oder ökonomische Bildung fordert, auch auf allgemeine Anerkennung zählen. Fast alle Bundesstaaten der USA haben die ökonomische Bildung im Schulfächerkanon aufgenommen. Staaten wie Kalifornien und New York schreiben darüber hinaus auch finanzielles Grundwissen für die Schulen vor. Die englische Regierung hat unlängst eine Kommission zur Förderung der „financial literacy“ ins Leben gerufen. Der deutsche Arbeitgeberverband ebenso wie der Industrie- und Handelstag fordern mehr Wirtschaftswissen in der Schule.

In den USA, wo Finanzdienstleistungen eine noch weit höhere Bedeutung für alle Lebensverhältnisse erreicht haben, wird finanzielle Allgemeinbildung nicht nur für die Schule, sondern praxisnäher dort verlangt, wo ihr unmittelbarer Nutzen spürbar werden soll.³ Die wichtigsten großen Wirtschaftsunternehmen haben sich dort zur Jump\$tart-Coalition zusammengefunden, die sich die Aufgabe der Förderung der finanziellen Allgemeinbildung verschrieben hat. Auch die großen Banken in den USA und Großbritannien haben entsprechende Programme ins Leben gerufen. In Deutschland hat sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), dessen Mitglieder gesetzlich zur „Förderung des Spargedankens“ verpflichtet sind, mit seinem Service „Geld + Haushalt“⁴ vor allem der Information und Bildung von Eltern in diesem Sektor gewidmet.⁵

2 Eindrücklich beschrieben in Rifkin, J. *The Age of Access, – the New Culture of Hypercapitalism, Where all of Life is a Paid-for Experience*, New York: Penguin Books 2000 = deutsch: *Access - das Verschwinden des Eigentums : warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden*, Frankfurt/Main [u.a.] : Campus-Verl., 2000

Fast kein Kultusministerium, das nicht in neuester Zeit Anstrengungen publik gemacht hat, die ökonomische Allgemeinbildung in Schulen zu fördern.⁶ Projekte wie „Kids und Knete“ oder Spiele wie „Kohlopol“, die von der Schuldnerberatung entwickelt wurden, zeigen auch hier große Aufmerksamkeit für dieses Thema. Der amerikanische Kongress ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat in seine im Frühjahr 2001 eingebrachten Reformvorschläge für den Privatkonkurs hineingeschrieben, dass nur die zu dem Verfahren der Schuldbefreiung zugelassen werden sollen, die an einem mindestens vierstündigen Kursus zur finanziellen Allgemeinbildung teilgenommen haben.

Wenn der sinnvolle Gebrauch von Kredit, Sparen, Konto und Versicherung der Schlüssel zur Teilhabe an der Privatwirtschaft geworden ist, dann scheint es keiner Erklärung mehr zu bedürfen, dass finanzielle Allgemeinbildung per se ein Mittel zur Armutsprävention ist. Mehr Wissen über Geld, mehr Fähigkeiten mit Finanzdienstleistungen umzugehen, soziale Kompetenz in der Kommunikation mit Banken sind dann die Ziele einer Bildungsoffensive, die gerade auch die Unterschichten erreichen müsste.

Die vorliegende Studie wurde jedoch in einem Institut erarbeitet, das mit seiner Zielrichtung von Verbraucherschutz Kompetenz und Erfahrung bei der Beurteilung des Angebots und der Anbieter erworben hat und sich insofern von den meisten Arbeiten zur Wirtschaftsbildung dadurch unterscheidet, dass die Studien nicht aus dem Bildungsanspruch, sondern aus der Arbeit bei der Analyse der Probleme im Finanzdienstleistungssektor selber betrieben wurden. Einfacher ausgedrückt, das IFF ist weniger Experte für die Dummheit der Verbraucher und wie man sie überwinden kann, denn für die Eignung von Finanzdienstleistungsprodukten sowie ihrer Absatzmethoden für soziale Problemlagen von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

-
- 3 Zu den dort tätigen Institutionen und Materialien vgl. National Institute for Consumer Education an der Universität Michigan Direktor Gwen Riechback www.nice.emich.edu. US Familienministerium, www.reeusda.gov; Ken McEldonney California Consumer Action www.consumer-action.org; Brent Neiser National Endowment for Financial Education www.nefe.org; Ceylame Meyers at www.ncrc.org; National Foundation for Consumer Credit www.nfcc.org; American Express, Visa und MasterCard haben umfangreiche Programme; „Helping People in Your community Understand Basic Financial Services“, Broschüre der Financial Services Education Coalition N.Y. (202-874-6540); Elizabeth Volard, National Council on Economic Education. www.nationalcouncil.org; money book store auch bei dem National Center for Financial Education www.ncfe.org (Paul Richard); Citigroup Foundation „Keeping Your financial Balance“, (1-800-669-2635)
- 4 Der Service umfasst einen Vortragsdienst, eine Budgetberatung und einen Broschürenservice <http://www.dsgv.de/geldundhaushalt/> („Hier erhalten Sie Broschüren rund um die Haushaltsfinanzen und alle Lebensphasen, die in der Regel mit finanziellen Veränderungen verbunden sind, von der Geburt eines Kindes bis zum Eintritt des Ruhestandes. Hier finden Sie auch Unterlagen zur Planung von Einnahmen und Ausgaben und Ratschläge zum Thema Taschengeld für Ihren Nachwuchs.“)
- 5 Die Stiftungen der Privatbanken sind dagegen bisher wohl eher mit bankfremden Themen beschäftigt wie z.B. die Deutsche Bank Stiftung Alfred Herrhausen "Hilfe zur Selbsthilfe" oder die Citibank Stiftung, die vor allem die Hochbegabtenförderung im Visier hat.
- 6 Vgl. z.B. die Neugründung des „Bildungszentrum Schule, Wirtschaft, Arbeitsleben“ der Schulbehörde Hamburg ab Herbst 2001

Insofern hat es an einer Vielzahl von Beispielen demonstriert⁷, dass die Wirtschaft erhebliche Möglichkeiten hätte, über Verbraucherprobleme zu lernen, diese in der Produktgestaltung und im Absatz zu vermindern, und durch solidarische Risikoinstrumente unvermeidliche Probleme gleichmäßiger gesellschaftlich zu verteilen. So ist das Institut konstant der These entgegengetreten, dass die Überschuldung ein Problem der Überschuldeten allein sei. Die empirischen Erhebungen über die Ursachen haben dann auch einmütig bestätigt, dass nur ein geringer Teil auf Unkenntnis und Fehlgebrauch zurückzuführen ist, überwiegend aber die im privaten System nicht aufgefangenen sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ehescheidung als Ursachen in Frage kommen.⁸

Im praktischen Beispiel hätte es viele Probleme gelöst, wenn die gescheiterten Baufinanzierer, die massiert Bausparsofortfinanzierungen einer bestimmten Sorte abgeschlossen hatten⁹, dieses für liquiditätsschwache Haushalte verheerende Kombinationsprodukt durchschaut und entsprechend gemieden hätten. Sein Vertrieb über Versicherungsvertreter an der Haustür, seine auch für Fachleute nicht durchschaubare Kostenstruktur und vor allem die enormen Verluste bei auch nur vorübergehender Zahlungsunfähigkeit hätten in den beschriebenen Fällen nicht zur Verarmung von Personen geführt, die sich zumindest sogar kurzzeitig den Bau eines Eigenheimes erlauben konnten. Ähnliches gilt auch für andere Kombinationsprodukte wie den mit einer Kapitallebensversicherung gekoppelten Ratenkredit, dem auch der Bundesgerichtshof Gefährlichkeit und Intransparenz bescheinigt hat.¹⁰

Kann finanzielle Allgemeinbildung den Gebrauch solcher Produkte verhindern, die nicht einmal der Bundesgerichtshof in seinen ersten Entscheidungen richtig erklären konnte? Finanzdienstleistungen sind hier denjenigen gefährlichen Gütern ähnlich, die wie bei Medikamenten oder PKWs in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit nicht über die Nachfrage und die Verbraucherinformation allein gesteuert werden können.

Deshalb geht es in der Armutsprävention im Bereich des sozialen Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen auch um das „soziale Wissen“ der Anbieter, die nicht nur lernen müssen, Produkte für sozial schwierige Situationen kostendeckend zu produzieren und zu verteilen, sondern für die es zusätzlich auch noch Mechanismen geben muss, die sie zur Vermeidung solcher Risiken anhält.

7 Zu den Forschungen am IFF vgl. <http://www.iff-hamburg.de>. Zu einem Gesamtüberblick auch über andere Literatur vgl. die Datenbank des IFF unter <http://www.money-advice.net>.

8 Vgl. AgV/DRK (Hrsg.) *Schuldenreport 1999*, Nomos: Baden-Baden (Verfasser IFF); Huls/Reifner/Haane/Domont-Naert (Hrsg.), *Overindebtedness of Consumers in the EC Member States: Facts and Search for Solutions*, Brüssel 1994; Korczak *Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999*; Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; München/Weiler, September 2000; Reifner/Ford (Hrsg.) *Banking for People: Social Banking and New Poverty, Consumer Debts and Unemployment in Europe – National Reports*; Berlin 1992

9 Vgl. Reifner, U./Keich, R. *Risiko Baufinanzierung*, 2. Aufl. Luchterhand:Kriftel 1995

10 BGH, NJW 1989, 1667. vgl. bereits BGH BB 88,582; OLG Hamm VuR 87,83; Reifner, *Handbuch des Kreditrechts*, 1991 §21 Rdn. 41f; ders. ZIP 1988, 820f; VuR 86,6; DB 84, 2178, 2182/2183; OLG Hamburg VuR 86,22 gegen OLG Hamburg WM 86,1431 = EWiR § 138 BGB 9/86 (Emmerich); OLG Düsseldorf VuR 1987, 203; Reifner, *Rechtsprobleme des Versicherungskredits*, ZIP 1988, 820f; ders. *Rechtsprobleme der Lebensversicherungshypothek*, Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (ZBB) (H.12) 1999 S. 349 - 366

Finanzielle Allgemeinbildung der Verbraucher muss daher eine Einheit mit der sozialen Allgemeinbildung der Finanzanbieter formen.

Nur ein gemeinsamer Lernprozess kann verhindern, dass Wirtschaftsbildung zur Anpassung der Menschen an die Wirtschaft statt zu einer menschlichen Wirtschaft führt. Nur wenn sich der Prozess von Bildung demokratisch vollzieht und nicht ein Hinterherlaufen des menschlichen Wissens hinter den Gestaltungen der Wirtschaft bedeutet, bei dem das Interesse des allein individuellen Vorteils die soziale Verantwortung überdecken kann, kann er auch von der Allgemeinheit Unterstützung erfahren.

Finanzielle Allgemeinbildung hat daher aus der Perspektive des sozialen Verbraucherschutzes gesehen eine mehrfache „Bildungsfunktion“:

- Vermittlung des Wissens der Verbraucher über Finanzdienstleistungen im Verhältnis zu ihrem Einkommen und ihren Ausgaben.
- Vermittlung von sozialer Handlungskompetenz und Kritikfähigkeit gegenüber unverständlichen Produkten und Anbietern.
- Vermittlung von Einsichten in wirtschaftliche aber auch soziale Notwendigkeiten eines Finanzdienstleistungsmarktes, aber auch das Aufzeigen von Alternativen.

Wird dieser Anspruch in der Armutsbekämpfung aufgegeben, weil man ihn für zu hoch hält und unmittelbares Handlungswissen für wichtiger einschätzt als Kritikfähigkeit, so entscheidet man sich letztlich für eine Feudalwirtschaft in den Armutsghettos. Ideologisch sind solche Programme dann zusätzlich prekär, weil sie die gesellschaftlichen Probleme von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit als Wissensdefizite der Betroffenen definieren. Ihr Scheitern, ihre „Dummheit“ erklärt dann letztlich das Versagen des Systems, und aus Reichtum und Armut wird dann ein Lehrer-Schüler-Verhältnis.

Die Befürchtungen sind dabei nicht abwegig. Amerikanische Untersuchungen zu solch einseitigen Bildungsprogrammen, die der Stimulierung von Selbstbeschäftigung bei Langzeitarbeitslosen durch Nutzung von Kleinstkrediten (Microlending) dienen sollen, weisen auf deren geringe wirtschaftliche Effizienz, ihre autoritäre Struktur, die damit vermittelten Schuldzuweisungen, aber auf ihre hohe politische Akzeptanz und Förderung hin, die durch ihre ideologische Bedeutung zur Rechtfertigung von Sozialkürzungen erklärt werden können.¹¹

Finanzielle Allgemeinbildung, wie sie im Rahmen dieser Studie verstanden wird, ist daher Bildung im ursprünglichen Wortsinn des „Bildens“, wie sie der Bildhauer und Bildner verkörpern, nämlich Herausbildung von sozial angepassten Strukturen im Finanzdienstleistungssektor, die die Veränderung von Angebot und von Nachfrageverhal-

11 Jurik, N./Cowgill, J./Cavender, G. Chasing Dollars: Legislation, Ideology, and Social Service Program Identity – Paper presented to the annual Law & Society meetings, Budapest, Hungary, 2001 (Arizona State University) 2001 (unpublished); Rogaly, B., „Micro-finance evangelism, 'destitute women', and hard selling of a new anti-poverty formula.“ *Development in Practice* 1996, 6:100-112; Bates, T./Servon, L., „Why Loans Won't Save the Poor.“ *Inc. Magazine*, April 27, 1996; Ehlers, T. / Main, K. „Women and the false promise of micro-enterprise.“ *Gender and Society* 12:424-440, 1999; Howells, L.A. „The dimensions of microenterprise. A critical look at microenterprise as a tool to alleviate poverty.“ *Journal of Affordable Housing and Community Development* 0: 161-182; Jurik, N.C./Cowgill, J. „Women and Microenterprise: Empowerment or Hegemony?“ in: Institute for Women's Policy Research (Ed) *Women's Progress on the Past, Blueprint for the Future*, Washington D.C. 1998; Quandagno, J. „Creating a capital investment welfare state: The new American exceptionalism.“ *American Sociological Review* 64:1-11 (1999)

ten gleichermaßen umfassen und dabei die Entwicklung von Armut eindämmen und bekämpfen.

II. Finanzielle und ökonomische Bildung

Finanzielle Bildung bezieht sich auf Geld als den zentralen Gegenstand modernen Wirtschaftens. Gleichwohl ist finanzielle Bildung nicht mit traditionellen Ansätzen ökonomischer Bildung gleichzusetzen. In seiner allgemeinsten Form ist Wirtschafts- bzw. ökonomische Bildung¹² die Vermittlung von Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, um als Akteur in der bestehenden Marktwirtschaft handeln zu können. In der Schulpraxis werden dabei zwei Rollen in dieser Wirtschaft unterschieden: die berufliche Beschäftigung mit Wirtschaft und diejenige allgemeine Teilhabe an der Wirtschaft, die jedem Menschen als Verbraucher, Einkommensbezieher und Staatsbürger zukommt. Entsprechend unterschiedlich sind daher auch die Bildungskonzepte. Vor allem die Wirtschaftsgymnasien sowie die berufsbildenden Schulen sollen auf diejenigen Berufe in Handel und Industrie vorbereiten, in denen ökonomisches Wissen im Vordergrund steht. Ökonomisches Wissen ist daher unmittelbar berufsqualifizierend. Es geht hier vor allem auch um Fähigkeiten und Fertigkeiten, die etwa den Umgang mit dem betrieblichen Rechnungswesen ebenso betreffen wie das Verständnis gewinnorientierten Wirtschaftens im Wirtschaftskreislauf.¹³

Für das hier interessierende Thema der finanziellen Allgemeinbildung ist dagegen derjenige Teil der wirtschaftlichen „Allgemeinbildung“ an Schulen einschlägig, bei dem es um ein Verständnis für die Mechanismen der Marktwirtschaft geht. Diese allgemeineren Inhalte¹⁴ sollen vor allem in den allgemeinbildenden Schulen dafür sorgen,

- 12 Kaminski, Hans, Soziale Marktwirtschaft stärken - Kerncurriculum ökonomische Bildung, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001; Geise, Wolfgang, Ökonomische Bildung zur Bewältigung von Lebenssituationen. - Bergisch Gladbach: Verlag Thomas Hobein, 2001; May, Hermann, Handbuch zur ökonomischen Bildung 5. Aufl. - München [u.a.] : Oldenbourg, 2001; Hemmer, Hans-Rimbert, Armut und Bildung: ökonomische Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit, in: WissensWert!? (2000), S.79-87; Räther, Harmut, Ökonomische Bildung in der gymnasialen Oberstufe: das Fachgymnasium - wirtschaftlicher Zweig, Diss. Kiel 2000 (mit Literaturangaben S. 213-235) (http://e-diss.uni-kiel.de/diss_441/d441.pdf)
- 13 Vgl. dazu Achtenhagen, F. Das kaufmännische Schulwesen zwischen Tradition und Fortschritt, in: Wirtschaft und Erziehung 50. Jg., Heft 7-8, 1998, 230 ff; Beck, K. Dimensionen der ökonomischen Bildung. Meßinstrumente und Befunde, Nürnberg 1993; Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.) Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, Gütersloh 1999; Dauenhauer, E. Kategoriale Wirtschaftsdidaktik. Anregungen inhaltlicher Neugestaltung, Bd. I Münster 1997; Kaminski, H. Ökonomische Bildung und Gymnasium. Ziele, Inhalte, Lernkonzepte des Ökonomieunterrichts. Initiative Wirtschaft und Gymnasium, Berlin 1996; Metzger, C./Seitz, H. (Hrsg.) Wirtschaftliche Bildung. Träger, Inhalte, Prozesse. Rolf Dubischar zum 60. Geburtstag, Zürich 1995; Reetz, L. Wirtschaftsdidaktik. Eine Einführung in Theorie und Praxis wirtschaftsberuflicher Curriculumentwicklung und Unterrichtsgestaltung, Bad Heilbrunn 1984
- 14 Vgl. z.B. im Lehrplan für Wirtschaftsgymnasien zum Thema Wirtschaftstheorie- und Wirtschaftspolitik die volkswirtschaftliche Ausrichtung mit Themen wie „Produktionsfaktoren, Wirtschaftskreislauf, Sozialökonomische Ordnungsideen, Preisbildung, Finanzierung und Absatz im Unternehmen, Wirtschaftspolitik, Internationale Wirtschaft“ (Lehrplan in Schleswig Holstein, 1998 abgedruckt bei nach Räther S. 36 ff)

dass die Wirtschaft insgesamt auf verständigere Verbraucher¹⁵ und Arbeitnehmer, auf rationalere Beobachter der Wirtschaftspolitik und damit auf „vernünftiger“ Bürger treffen soll.

Aber auch in dieser allgemeinen Rolle geht es um Handlungskompetenzen, wenn die Kenntnis von Wirtschaftsinstitutionen und Verfahren zur Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen erläutert und eingeübt werden, um die durch Unkenntnis und Unfähigkeit etwa der Verbraucher hervorgerufenen Transaktionskosten in der Volkswirtschaft zu senken. Für den Bereich der Verbraucherpolitik wird von der aufgeklärt gebildeten Nachfrage erwartet, dass sie die Qualität des Angebots in einer Wirtschaft fördert und den Wettbewerb stärkt.

Während die berufsbildenden Wirtschaftsfächer die im Beruf geforderte Identifikation und Anpassung an wirtschaftliches Handeln in den Vordergrund stellen, wird in den allgemeinbildenden Schulen Wirtschaften grundsätzlicher und kritischer verstanden, indem der Kontext von Bildung und Aufklärung, von Kultur und Sprache integriert wird.¹⁶ Der Umgang mit knappen Ressourcen beschränkt sich dabei ebenso wenig auf Geldmangel wie die Geschichte der Arbeit sich auf ihre Kapitalform. Durch den Bezug zu neuralgischen Punkten der Marktwirtschaften wie dem Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht, von Gewinnorientierung und Umweltschutz oder Schutz der sozialen Existenz erhält hier wirtschaftliche Bildung häufig auch den Stellenwert von Wirtschaftskritik. Insbesondere das Thema Verbraucherschutz und Ökologie, Verschuldung der Dritten Welt und Armut in den Industriestaaten dient dabei als Anreiz, Schülerinnen und Schüler auch in wirtschaftlichen Fragen Distanz und Kritikfähigkeit zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen sollen, auch nichtwirtschaftliche kulturelle und moralische Ziele unabhängig von ihrem ökonomischen Nutzen zu bewahren.

Der Bereich der finanziellen Bildung ist in gleicher Weise wie die ökonomische Bildung in berufliche und allgemeine Bildung aufteilbar. Während der berufsbezogene Teil etwa in den Berufsschulen zum Bank- und Versicherungsfach ebenso wie in der kaufmännischen Ausbildung eine lange Tradition hat und vor allem in dem Erlernen der Vielzahl von Finanzdienstleistungsprodukten und ihrem Anwendungsnutzen besteht (Scheck, Wechsel, Aktie, Überweisung, Sicherheiten, Kredit) geht es in der vorliegenden Untersuchung um denjenigen Teil finanzieller Bildung, der als Teilmaterie ökonomischer Allgemeinbildung anzusehen ist.

In diesem Bereich ist es sinnvoll, zwischen Grund- oder Allgemeinbildung und Spezialbildung zu unterscheiden. Die Teilnahme aller Bürger als Verbraucher und Einkommensbezieher an einer fast unerschöpflichen Vielzahl professionalisierter Wirtschaftsprozesse lässt realistischer Weise nur eine Bildung zu, die ein allgemeines Zurechtfinden ermöglicht und zugleich die Chance schafft, sich durch gezielte Informa-

15 Vgl. schon grundlegend Gesucht: Scherhorn, Gerhard, der mündige Verbraucher. Grundlagen eines verbraucherpolitischen Bildungs- u. Informationssystems- 2. Aufl. - Düsseldorf : Droste, 1974

16 Zur grundsätzlichen Diskussion zwischen berufsqualifizierenden und allgemeinbildenden Elementen in der Schule vgl. Schweitzer, J. Neue Königswege führen über Loccum. Beratung und Kontroversen zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, in: Die Deutsche Schule, 87. Jg. H.2 S. 132ff; ders. Lohnorientierte Wirtschaftslehre? in: Didaktik der Berufs- und Arbeitswelt, Gießener Hefte zur Arbeitslehre H.4. 1996, 47 ff; Dehnostel, P. Allgemeinbildung zwischen Schule und Beruf. Zur Bildungstheorie von historischen, beruflichen und gymnasialen Allgemeinbildungskonzepten, Stuttgart 1988

tionsnachfrage handlungsbezogen das notwendige Spezialwissen oder aber entsprechendes Stellvertreterhandeln über angemessene Berater zu verschaffen.

Dabei sind auch hier wiederum zwei relativ getrennte Sparten der finanziellen Bildung zu unterscheiden: die Beschäftigung mit den Finanzen des privaten Haushaltes (Haushaltsökonomie) und die Beschäftigung mit denjenigen Finanzdienstleistungen, die private Haushalte in Anspruch nehmen.

Historisch begann die finanzielle Allgemeinbildung mit „dem Umgang mit Geld“.¹⁷ „Rationelles Haushalten“, das Führen von Haushaltsbüchern, Sparsamkeit und die Warnung vor leichtsinniger Verschuldung stehen immer noch im Mittelpunkt einer betriebswirtschaftlichen Bildung privater Haushalte. Mit der "Zentralstelle für rationelles Haushalten" und der Vielzahl der von ihr vorgelegten Broschüren ebenso wie mit der Einrichtung entsprechender Lehrstühle an einigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und im Rahmen der Ökotrophologie wird der Haushalt als Kleinunternehmen analysiert und die betriebswirtschaftliche Optimierung seiner Ressourcenverwaltung gelehrt. Dies spiegelt sich auch in Konzepten der finanziellen Allgemeinbildung wider.

Geld soll als knappes Gut erkannt werden, dessen Nutzen man sich erarbeiten muss. Daher steht in dieser Form der Allgemeinbildung auch der Spargedanke im Vordergrund, der nach den Sparkassengesetzen aktiv gefördert und in Einrichtungen wie dem Gesetz über vermögenswirksame Leistungen, der Bausparförderung sowie der steuerlichen Bevorzugung der Kapitallebensversicherung und neuerdings in der staatlich geförderten privaten Rente sogar materielle Unterstützung genießt.

In den USA (und Großbritannien) wird dieser Gedanke neuerlich mit der Kampagne zur Führung eines privaten Entwicklungssparkontos (Individual Development Account (IDA)) bei Banken oder gemeinnützigen Finanzinstitutionen verbunden, bei dem binnen zwei Jahren gekoppelt mit einem Programm finanzieller Bildung bis zu 1.000 \$ aktiv gespart und dann über eine von dritter Seite oder dem Staat aufgebrachte Prämie von weiteren 1.000 \$ eine Belohnung für das Lernen und Sparen angeboten wird.

In einer stark wertorientierten Pädagogik steht der Spargedanke zugleich auch für eine Vielzahl anderer vor allem konservativer Tugenden, wie sie die Freiburger Schule des Ordoliberalismus um Eucken und Röpke¹⁸ gerade gegenüber dem Eindringen der Finanzdienstleistungen in den Verbraucherbereich vertrat. Solche Tugenden wie Verzicht, Bescheidenheit und Solidität stehen aus volkswirtschaftlichen Gründen dem Verbraucherkredit als Erziehungsmittel kritisch gegenüber, so dass hier die finanzielle Allgemeinbildung im Umgang mit Geld zugleich auch übergeordneten Bildungszwecken dient.

Finanzdienstleistungen werden in einer solchen haushaltsökonomischen Ausrichtung häufig eher als Versuchungen denn als Hilfen zur Bewältigung eines Alltags dargestellt. Das Idealbild für den privaten Durchschnittsbürger verlangt, den Konsum allein aus dem aktuellen verfügbaren Einkommen zu bestreiten, das lediglich durch den Konsumverzicht zu einer Ausgabenhöhe gebracht werden kann, die dann auch hochwertige

17 Vgl. dazu das Literaturverzeichnis in Kaiser, F.-J./Kaminski, H., Geld und Kredit, - Ein Unterrichtsmodell – vv. Mskrpt. Hrsg. Stiftung Verbraucherinstitut Berlin 1980

18 Vgl. die zum Konsumentenkredit kritische Schrift von Röpke, W. Vorgegessen Brot: Kritische Nachlese zur Diskussion über d. Borgkaufwesen Köln[u.a.]: Heymann, 1955; ferner Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchges. Aufl. - Tübingen : Mohr, 1990; ders. Unser Zeitalter der Misserfolge (Hrsg. vom Walter-Eucken-Archiv) Münster : Lit, 2001

Wirtschaftsgüter erreichbar macht. Zunehmende Problembereiche wie Überschuldung und Insolvenz fördern diese Tendenz. In einer patriarchalisch anmutenden Armutspolitik hat der konservative amerikanische Kongress des Jahres 2001 sich für die Pädagogik als Mittel gegen das Anwachsen der Verbraucherinsolvenzen auf 1,5 Mio. pro Jahr entschieden. Vor die Inanspruchnahme der Restschuldbefreiung soll ein obligatorischer Unterricht zu financial literacy treten. In dieser Konsequenz werden dann komplexere Finanzdienstleistungen eher in der Absicht warnend beschrieben, auf ihre Inanspruchnahme zu verzichten. Leichtsinnige Kreditaufnahme und unsinnige Nutzung etwa von Risikoanlagen oder prahlerischer Gebrauch von Statussymbolen des Zahlungsverkehrs wie etwa eine goldene Kreditkarte verschieben dann die Therapie zum Scheitern aus dem System der Finanzdienstleistungen in den Bereich der individuellen Verzichtskompetenzen.

An diesen Ansätzen ist durchaus zutreffend, dass Wirtschaften ohne Verzicht, Ausgabe ohne Sparen, Konsum ohne Konzentration auf das finanziell Machbare und eine Versachlichung der Nutzenbetrachtung bei Finanzdienstleistungen vor allem in den Schichten unterentwickelt ist, denen die familiäre Erfahrung im rationalen Umgang mit Finanzdienstleistungen solche Vorteile bisher nicht nahe gebracht hat. Bei ihnen sind die in der Konsumforschung vor allem von Veblen mit seiner Theorie des "auffälligen Konsums" und von Packard¹⁹ ("Die geheimen Verführer") erarbeiteten Sekundärarmutsmotivationen in besonderer Weise vorhanden und gefährlich. Die daraus resultierenden Misserfolge sind zumeist so grundsätzlicher Art, dass sie für einen produktiven Lernprozess zu spät kommen.

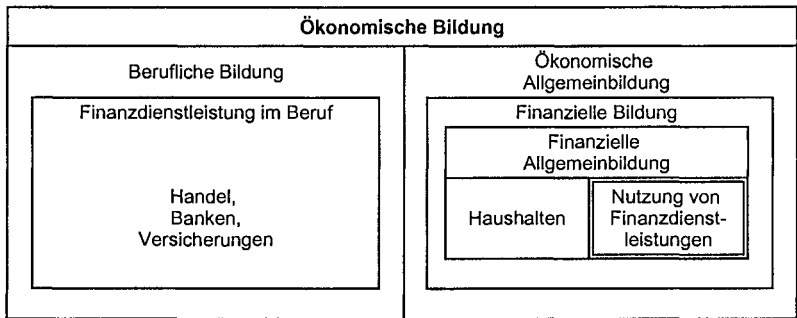


Abbildung 2: Ökonomische Bildung

Gleichwohl lässt sich finanzielle Allgemeinbildung im modernen Kontext einer Kreditgesellschaft nicht mehr ohne weiteres in diesen Rahmen integrieren. Der Verzichts- und Sparrethorik steht eine Gesellschaft gegenüber, die gerade den von Armut eher bedrohten unteren Einkommensschichten tendenziell ohne Kredit und Konto die Teilhabe an allen modernen und produktiveren Prozessen verwehrt. Verzicht führt dabei nicht nur zu den erwünschten Effekten geringerer Verschuldung und Belastung, sondern in weit stärkerem Maße zu einem Ausschluss aus der Wirtschaft schlechthin mit weit

19 Packard, V. Die geheimen Verführer : Der Griff nach dem Unbewussten in jedermann Frankfurt/M. : Ullstein, 1987; dazu Trigg, A.; Veblen, Bourdieu, and conspicuous consumption Journal of economic issues, Bd. 35 (2001), 1, S.99-115

gravierenderen Folgen für die Betroffenen. Zudem lässt sich diese Verichtslogik, die manchen haushaltsökonomischen Ansätzen immer noch anhaftet und die die Lösungen für Knappheitsprobleme im Haushalt auf die Mittel reduziert, die er in seiner internen Wirtschaftsweise ohne Kontakt zum Finanzdienstleistungssektor verfügbar hat, auch nicht rational begründen.

Finanzdienstleistungen sind moderne Produkte für die wirtschaftliche Kommunikation mit anderen sowie die Beziehung zwischen Einkommen und Ausgaben des Nutzers wie es der PKW für die verkehrstechnische Kommunikation, Fernsehen und Internet, Telefon und E-Mail für die sprachliche Kommunikation und die Haushaltsgeräte für die Arbeit zu Hause sind. Auch hier wurden anfängliche Probleme bei den Unterschichten über eine Verichtslogik zu therapieren versucht, während wir zumindest einen Teil dieser Güter heute selbst in Veröffentlichungen der Europäischen Union als unverzichtbaren Bestandteil ("basic needs") eines privaten Haushaltes auch öffentlich garantieren. Dies kommt auch in der gemeinsamen Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Wirtschaftsbildung zum Ausdruck, wo es heißt:

Neben der Erwerbsarbeit hat allerdings auch die identitätsstiftende Funktion des Konsums zunehmend an Bedeutung gewonnen. In unserer pluralisierten und zugleich individualisierten Lebenswelt dient dieser immer häufiger als Ausdrucksmittel für individuelle Vorstellungen, Lebenshaltungen, Gruppenzugehörigkeit und soziale Position. Auch hier ergeben sich Anforderungen an die Jugendlichen, zu deren Bewältigung sie Hilfen durch ökonomische Bildung bedürfen (z.B. für den Umgang mit Geld, Kredit, zur Entwicklung eines verantwortungsbewussten Konsumstils u.a.).

Finanzielle Allgemeinbildung ist daher heute als die Allgemeinbildung über die wichtigsten persönlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Finanzdienstleistungen und hier vor allem des Kredites anzusehen. Notwendigkeiten, Nutzen und Schaden der Finanzdienstleistungen durch private Haushalte bilden den Ansatzpunkt. Die Vorabbelastung mit allgemeinen Werten wird diesem Anspruch der Auseinandersetzung mit moderner Kommunikation im Dienstleistungssektor nicht gerecht. Im Zentrum dieser finanziellen Allgemeinbildung in der Kreditgesellschaft steht daher auch nicht das Sparen, sondern der Kredit. In ihm ist idealtypisch die Verschiebung zwischen Einkommen und Ausgaben und ihre Kosten in zeitlicher Hinsicht erkennbar. Der Kredit umfasst damit zugleich auch das Sparen, das moderner als Anlage bezeichnet wird. In der Anlage oder dem Investment werden nur die Rollen von Kreditgeber und Kreditnehmer vertauscht. Sparsam Leben ist daher eine übergeordnete Tugend, die nicht in erster Linie in die finanzielle Allgemeinbildung, sondern weit früher in die allgemeine kulturelle Bildung gehört.

Am Kredit wird nicht nur die zeitliche, sondern auch die örtliche Verlagerung von Kaufkraft (Zahlungsverkehr) und mit dem Rückzahlungsrisiko sogar das System der Versicherungen erfahrbar. Die ständige Metamorphose des Geldes über diese Dienstleistungen ist der Prozess, um dessen Bewältigung es geht. Erst aus dieser Perspektive gewinnt dann die Haushaltsökonomie und der Umgang mit dem (eigenen) Geld seine wichtige Bedeutung zurück, weil ohne Sparsamkeit und Verzicht, ohne rationale Auswahl und Übersicht über die eigenen Finanzen die Leistungen des Finanzdienstleistungssystems nur unzureichend, falsch und gefährdend in Anspruch genommen werden können. Die Hausfinanzierung erfordert dann den Spargedanken allein aus Sicherheitsgründen, das Entsparen und das Ansparen ergänzen sich im PKW-Erwerb und eine kostensparende Kontoführung setzt die Übersicht über die eigenen Finanzen voraus,

ermöglicht sie aber auch zugleich, wenn diese Leistungen Entsprechendes vorsehen.²⁰ Dieser Bereich finanzieller Allgemeinbildung findet jedoch trotz der unübersehbaren Anzahl von praktischen Anleitungsbroschüren und Informationsschriften, die sich zumindest vorgeblich diesem Bereich der Nutzung von Finanzdienstleistungen durch breite Bevölkerungsschichten widmen, in der wissenschaftlichen Literatur noch zu wenig Berücksichtigung²¹, obwohl der Umbruch von der Bar- zur Kreditgesellschaft hier eine enorme, nicht nur praktische, sondern auch theoretische Herausforderung darstellt.

Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich die folgende Arbeitsdefinition:

Finanzielle Allgemeinbildung im Sinne dieser Untersuchung betrifft die kritische und an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Vermittlung von Wissen, Verständnis und sozialer Handlungskompetenz im Umgang mit auf Kreditmöglichkeiten aufgebauten Finanzdienstleistungen, die die Menschen außerhalb ihrer beruflichen Sphäre für sich selber benutzen, um Einkommen und Ausgaben, Arbeit und Konsum während ihrer Lebenszeit sinnvoll miteinander in Beziehung setzen zu können.

B. Finanzdienstleistungen und Verarmung

Finanzielle Allgemeinbildung, die auf den Gebrauch und nicht auf die Vermeidung von Finanzdienstleistungen hin orientiert ist, kann als Mittel der Armutsbekämpfung nicht mehr erreichen oder verhindern als der Gebrauch der Finanzdienstleistungen selber.

Diese Kernthese unserer Untersuchung soll das der Bildungsdiskussion eigentümliche emanzipatorische Potenzial gegenüber dem gesellschaftlichen Status quo erhalten und verhindern, dass Bildung ideologische Prozesse der Fehlinterpretation, Schuldübernahme und Ablenkung hervorruft, die andere Akteure im Wirtschaftsleben zulasten der Bildungsempfänger entlasten.

Finanzielle Allgemeinbildung, die sich auf von Finanzdienstleistern im Eigeninteresse angebotene wirtschaftliche Kommunikationsmittel bezieht, ist dabei besonders gefährdet.

Falsche finanzielle Allgemeinbildung kann ebenso unsinnig sein wie das Einüben von Gefährdeten (z.B. Strafgefangenen) in den Gebrauch von Rettungsutensilien (z.B. Feuerlöschgeräte bei Strafgefangenen) für ein Risikofeld (z.B. Zellenbrand), in dem diese Utensilien für diejenigen, die darin unterwiesen werden, aller Wahrscheinlichkeit nicht zur Verfügung stehen werden (die Anstaltsinsassen sind eingeschlossen).

20 So schafft die Kontozugangssoftware für den elektronischen Kontozugang wie Quicken und MS-Money erst eine von Arbeitsaufwand vertretbare Buchhaltungsmöglichkeit für private Haushalte, die dem Standard von Unternehmen nahe kommt.

21 Eine Recherche im Gesamtbibliothekskatalog (<http://www.GBV.de>) der norddeutschen Bundesländer ergab bei der Kombination von finanzieller Bildung keinen einschlägigen Treffer, während bei ökonomischer Bildung 105 Literaturstellen genannt sind.